Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement
Landesverteidigungsakademie Wien

**August 2024**

# KLIMAWANDEL, SICHERHEIT UND DESINFORMATION

*Ruža Marie Groffmann, Hans Lampalzer*

*Der Klima-Sicherheits-Nexus erlangt immer mehr an Bedeutung. Damit einhergehend nimmt die Verbreitung von irreführenden klimabezogenen Informationen zu. Diese sind eine Bedrohung, da sie das Vertrauen in Wissenschaft und Politik untergraben und so zu einer Gefahr für Demokratie und Frieden werden können. Besonderen Schaden kann Desinformation in bewaffneten Konflikten verursachen, wie das Beispiel einer russischen Desinformationskampagne zur Wasserversorgung in der Ukraine zeigt.*

## Klimawandel und Sicherheit: eine Bestandsaufnahme

Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit taucht in der Forschung seit den 1970er Jahren auf, bald darauf wurde auf die Korrelation von ökologischer Verknappung und gewaltsamem Konflikt hingewiesen. Seit den 1990er Jahren vertiefte sich die wissenschaftliche Debatte und breitete sich auf den Bereich der (Sicherheits-)Politik aus. Dort ist der sogenannte *Klima-Sicherheits-Nexus* seit der Europäischen Sicherheitsstrategie und der amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie (beide 2003) ein Thema.

Auf Ebene der Europäischen Union wurde 2008 der Bericht *Klimawandel und internationale Sicherheit* vorgelegt, der erstmals vom Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator sprach. Dieser Begriff bezeichnet die Fähigkeit klimatischer Veränderungen, bereits bestehende Konflikte zu verstärken und Sicherheitsrisiken zu maximieren. Mit der *Climate Change and Defense Roadmap* (2020) und der *Gemeinsamen Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat zum Klima-Sicherheits-Nexus* (2023) legte die EU zuletzt weitere zentrale Bausteine für die Einbeziehung von Klimafaktoren in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor.

Unter britischem Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) wurde 2008 erstmals das Thema Klimawandel und Sicherheit auf die Agenda gebracht. Zuletzt scheiterte 2021 zwar eine Resolution zur Anerkennung des Klimawandels als sicherheitspolitische Bedrohung am Veto Russlands und Indiens, allerdings finden sich in anderen Resolutionen zahlreiche Verweise auf klimabezogene Risiken.

Auch die NATO richtet seit 2010 ihr Augenmerk auf den Klima-Sicherheits-Nexus. Im Jahr 2021 verabschiedete die Allianz den *Climate Change and Security Action Plan*. Die Anstrengungen zielen u.a. auf eine größere Widerstandsfähigkeit und Verbesserung der Autarkie von Infrastruktur und Operationen, Energiesicherheit sowie auf die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks ab. Seit Mai 2024 ist ein eigenes *Centre of Excellence for Climate Change and Security* in Montreal akkreditiert.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war einer der ersten multilateralen Akteure, der – basierend auf seinem umfassenden Sicherheitsansatz – den Zusammenhang zwischen Umwelt und Sicher-

IFK MONITOR

Hinweise: Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die Meinung der Autoren wieder.
Die elektronische Version enthält an einigen Stellen Hyperlinks, die auf Quellen verweisen.

heit im Jahr 1975 aufzeigte. In der Ministerratserklärung von Madrid über Umwelt und Sicherheit (2007) wurde der Klimawandel als langfristige Herausforderung anerkannt. Seitdem führt die OSZE eine Vielzahl an Projekten zur Klimaresilienz, Anpassung und Eindämmung der Klimawandelfolgen durch. 2021 nahmen die 57 Teilnehmerstaaten (TS) den Ministerratsbeschluss 3/21 über die *Stärkung der Zusammenarbeit zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Herausforderungen* an, der Klimawandelpolitik auch als eine Möglichkeit für Zusammenarbeit zwischen den TS, Vertrauensbildung und Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen sieht.

Das *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* widmete dem Thema Klimawandel als Bedrohung für die menschliche Sicherheit im fünften Sachstandsbericht 2014 erstmals ein eigenes Kapitel. Darin heißt es, Klimawandel bedrohe die menschliche Sicherheit, weil er die Lebensgrundlagen untergräbt, Kultur und individuelle Identität gefährdet und Migration verstärkt.

Die Wahrnehmung des Klimawandels als Bedrohungsmultiplikator zeigt sich heute mehr denn je auch als wesentlicher Bestandteil nationaler Sicherheitsstrategien. Mehr als die Hälfte aller Staaten nennt die Eindämmung der globalen Erwärmung und den Umgang mit ihren Auswirkungen als wichtige Aufgabe ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Der Notre Dame-GAIN Country Index von 2021 offenbart diese Beziehung sehr deutlich. So befinden sich von jenen 20 Ländern, die am stärksten gefährdet und am wenigsten auf den Klimawandel vorbereitet sind, 12 in einem Konflikt.

Im BMLV stellt die *Themenpolicy Klimawandel und Verteidigung* vom Dezember 2022 den zentralen Handlungsrahmen zur Vorbereitung des Bundesheers auf die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels dar. Basierend auf dem *Mission-First*-Prinzip wurden fünf Ziele festgelegt: (1) Verwendung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs für die Strategische Vorausschau, (2) Verstärkte Bewusstseinsbildung, Kooperation und Entwicklung von zielorientierten Partnerschaften, (3) Erhöhung der Resilienz und Anpassung, (4) Klimaneutralität bis 2040 und (5) Beitrag zur Umfeldstabilisierung. Die konkreten weiteren Schritte zur Umsetzung beinhalten 39 Maßnahmen und sind Inhalt eines Aktionsplans.

**Klimadiskurse:**
**Desinformation und Verschleppung**

Laut der *Europäischen Beobachtungsstelle für Digitale Medien (EDMO)*, waren es 2023 drei Themen, über die am häufigsten Desinformation verbreitet wurde: der Krieg in der Ukraine, Covid-19 sowie Klimawandel. ***Desinformation*** bezeichnet die absichtlich falsche oder irreführende Information mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen oder zu täuschen, während unter ***Misinformation*** unabsichtlich falsche oder ungenaue Information verstanden wird.

Im sechsten Sachstandsbericht des IPCC aus dem Jahr 2022 wird erstmals die Bedeutung von klimabezogener Misinformation hervorgehoben. Er weist darauf hin, dass Misinformation und die absichtliche Untergrabung von Wissenschaft dazu beitragen, dass u.a. der wissenschaftliche Konsens falsch wahrgenommen und die Dringlichkeit aktiver klimapolitischer Maßnahmen unterschätzt wird. Auch auf der Agenda der VN rücken Mis- und Desinformation zum Klimawandel in den Fokus, etwa im Aufruf zum Handeln gegen Klimadesinformation im Internet oder im Strategiepapier zu Informationsintegrität auf digitalen Plattformen von 2023.

Die zentralen Behauptungen gegen den Klimawandel lauten (1) die globale Erwärmung findet nicht statt, (2) die menschengemachten Treibhausgase führen nicht zur Erwärmung der Erde, (3) die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht so schlimm, (4) mögliche Lösungen für die

Klimakrise funktionieren nicht und (5) die Klimabewegung und die Wissenschaft sind unzuverlässig und heuchlerisch.

Um diese Narrative zu befördern, nutzen Desinformationskampagnen verschiedene rhetorische Strategien. Häufig wird der wissenschaftliche Konsens in Frage gestellt oder Ungenauigkeit von Vorhersagen hervorgehoben. Weiters werden Erkenntnisse relativiert und dadurch letztlich Zweifel an der Dringlichkeit von Maßnahmen gesät. Ebenso werden Mechanismen und Institutionen der Wissenschaft in Frage gestellt oder Personen aus Wissenschaft, Politik und Aktivismus persönlich angegriffen. Die Propagierung von Pseudoexperten und -expertinnen oder Pseudoalternativen ist ebenso weit verbreitet und geht teilweise in Verschwörungstheorien über. Desinformation kann so zur Herausforderung für die Resilienz einer Demokratie werden.

Insgesamt dominieren in der Klimadebatte (auch in Österreich) zunehmend Verschleppungs- oder Verzögerungsdiskurse. Die Erderwärmung wird weitgehend als Tatsache akzeptiert, parallel dazu finden die Vorteile von Klimaschutz kaum Verbreitung. Die Hauptnarrative der Verschleppungsdiskurse beinhalten: (1) Abschieben bzw. Weiterleiten von Verantwortung, (2) Propagieren von Scheinlösungen (z.B. E-Fuels für den Individualverkehr), (3) Betonen von Nachteilen und (4) Aufgeben der Bemühungen.

**Desinformation in bewaffneten Konflikten**

Eine besondere Bedeutung gewinnt klima- und umweltbezogene Desinformation in bewaffneten Konflikten. Forschung zu Wasserfragen verweist u.a. auf die Ukraine. Russische Desinformationskampagnen erfolgen dabei im Rahmen der Angriffe auf die Wasserinfrastruktur. Neben der Leugnung von Attacken wie z.B. auf den Kachowka-Damm 2023 sind auch der Wasserverbrauch und -zugang der Bevölkerung Ziele von breit angelegten Informationsoperationen. Betroffen sind dabei vorwiegend Regionen, die infolge des klimabedingten Temperaturanstiegs für Wassermangel anfällig und verstärkt von einer zentralen Wasserversorgung abhängig sind. Im April 2022 erfolgte ein russischer Angriff auf die Dnipro-Mykolajiw-Wasserleitung in der Region Cherson. In Folge blieben 500.000 Menschen in der Stadt Mykolajiw ohne Trinkwasser. Die Wasserversorgung musste in den Bezirken über zentrale Verteilungspunkte und gestaffelt wiedererrichtet werden. Drei Hauptnarrative prägten die russische Desinformationskampagne: (1) Es gäbe kein Trinkwasser in der Stadt, die verantwortlichen Behördenträger hätten die Stadt verlassen, niemand suche nach einer Lösung. Darüber hinaus gäbe es keine Sozialleistungen von den örtlichen Behörden. Die Bevölkerung wäre sich selbst überlassen, (2) das Trinkwasser wäre mit Cholera verseucht, (3) die Verteilung der humanitären Hilfe in der Stadt erfolge nicht an die bedürftigsten Gruppen wie Kinder, Ältere und Menschen mit Beeinträchtigungen.

Im konkreten Fall wird durch solche Desinformation nicht nur versucht, Misstrauen zu säen und das Vertrauen in die Behörden zu unterminieren, sondern auch die Zivilbevölkerung davon abgehalten, vorhandene Hilfe zu suchen. Psychischer Stress und negative Folgen für die Gesundheit gehen damit einher, insbesondere wenn die Bevölkerung daraufhin nicht notwendigerweise aus dem Gebiet flieht.

Im Jahr 2022 sagten Desinformationskampagnen Energieknappheit in ganz Europa voraus und waren mit der Forderung nach einer Aufhebung der Sanktionen gegen Russland verbunden. In Österreich wurden neben der Diversifizierung der Importländer und dem Ausbau erneuerbarer Energien die Steigerung der Energieeffizienz als wichtige Schritte aus der Abhängigkeit von Russland erkannt. Dank umfangreicher Investitionen und Förderprogramme hat sich z.B. der Anteil der Photovoltaik in Österreichs Stromerzeugung seit 2020 mehr als verdreifacht.

Damit wird die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert und ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet.

**Maßnahmen gegen Desinformation**

Es gibt verschiedene Ansätze dafür, wie man Desinformation in Bezug auf Klimawandel begegnen kann. Als vorbeugende Maßnahme hat sich das sog. ***Prebunking*** etabliert. Es soll Menschen etwa durch Aufklärungsarbeit ermöglichen, klassische Desinformationsstrategien zu erkennen und so proaktiv gegen die Verbreitung von falschen Informationen vorgehen zu können. ***Debunking*** bezeichnet hingegen die Aufdeckung von bereits verbreiteter Desinformation und Richtigstellung bzw. Kontextualisierung.

Die Europäische Kommission baut ihr Vorgehen gegen klimawandelbezogene Desinformation auf vier Säulen auf: Entwicklung von Strategien zur Stärkung der Demokratie, Bewusstseinsbildung, Aufbau gesellschaftlicher Resilienz und Sensibilisierung für Desinformation sowie bi- und multilaterale Kooperation. Darüber hinaus ist der *Digital Services Act* (2022) von zentraler Bedeutung. Im deutschsprachigen Raum gibt es zahlreiche Faktencheck-Netzwerke. Bekannt sind u.a. das deutsche *CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gemeinnützige GmbH*, der deutschsprachige Ableger des *European Digital Media Observatory* namens *GADMO (German-Austrian Digital Media Observatory)* oder die österreichische Plattform *Mimikama - Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch*.

**Ableitungen**

- Der Klimawandel ist ein bedeutender Konfliktreiber und Bedrohungsmultiplikator mit Auswirkungen auf das Wohlergehen der Gesellschaft. Desinformation zum Klimawandel ist daher eine sicherheitsrelevante Bedrohung und wird bewusst eingesetzt.

- Der Erfolg von Desinformation hängt von den gesellschaftlichen Umfeldbedingungen ab: Freie und unabhängige Medien, Medienkompetenz, Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Bildung machen eine Gesellschaft widerstandsfähiger gegen Desinformation.

- Strategische Kommunikation zur Betonung der Vorteile von Klimaschutz als auch Aufdeckung von Desinformationskampagnen ist notwendig. Auf gesamtstaatlicher Ebene könnte das Bundes-Krisensicherheitsgesetz hier neue Möglichkeiten bieten.

- Das Bundesheer kann durch transparente Kommunikation nach innen und außen einen wertvollen Beitrag zur Erhöhung der Resilienz gegen Desinformation, zur geistigen Landesverteidigung und Stärkung des Vertrauens in die Streitkräfte leisten.

**Impressum:**
Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Periodikum der Landesverteidigungsakademie
Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten
Druck: ReproZ W 24-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

www.facebook.com/lvak.ifk